



## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** JHA/06/2017  
**Gremium:** Jugendhilfeausschuss  
**Tag:** Mittwoch, 11.10.2017  
**Ort:** Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme  
**Beginn:** 16:00 Uhr  
**Hinweis:**

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Mitteilung über das UVG
4. Anliegen der Jugendräte
5. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
6. Inhaltliche Schwerpunkte der Hagener Kindertageseinrichtungen  
Bericht der Verwaltung
7. Präsentation des Projektes "Kommunale Bildungslandschaften"
8. Betreuung der Kinder von Flüchtlingen und Zuwanderern in Hagen
9. Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern in Hagen
10. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



## **B. SITZUNGSVERLAUF**

---

### **I. Öffentlicher Teil**

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### **1. Feststellung der Tagesordnung**

Herr Reinke begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass es keine Änderungswünsche bezüglich der Tagesordnung gibt.

#### **2. Mitteilungen**

Herr Goldbach nimmt Bezug auf den in der letzten Sitzung gefassten Beschluss, die Drogenhilfe in Aachen aufsuchen zu wollen. Man habe in der Zwischenzeit mit dem Fachbereich des Oberbürgermeisters die Kostenfrage klären können. Insoweit könne man jetzt zu einer Terminfindung kommen und klären, wer mitfahren wolle. Er schlage vor, den Regionalzug zu nehmen, der in Aachen hält. Das Schöner NRW Ticket sei dabei am kostengünstigsten. Alternativ könne natürlich auch der PKW genutzt werden. Ein Termin im Dezember sei dabei zu favorisieren. Man könne die Einzelheiten dazu im Anschluss an die Sitzung klären. Er gehe davon aus, dass ein Teilnehmer pro Fraktion, der Vorsitzende, sein Stellvertreter, je ein Trägervertreter und Verwaltungsmitarbeiter von 55 und 53 an der Reise teilnehmen. Man müsse sich jetzt darauf verständigen, welche Personen das seien.

Herr Reinke bestätigt, dass ein Termin im Dezember terminlich am geeignetsten erscheine. Man wolle dann nach der Sitzung alles Weitere klären.

#### **3. Mitteilung über das UVG**

Frau Kaufmann gibt eine Übersicht über die aktuelle Situation.

Sie bitte, in der heutigen Sitzung alle bestehenden Fragen in dem Zusammenhang zu stellen. Die Personalfrage habe auch im Haupt- und Finanzausschuss und im Rat der Stadt zu Nachfragen geführt. Aktuell seien nicht alle Stellen besetzt. Die Situation sei außerordentlich schwierig. Im Moment seien auch Auszubildende in dem Bereich tätig. Das sei bei Weitem nicht ausreichend. Es gebe Krankheitsfälle und außerdem liege eine Kündigung vor. Zurzeit lägen 800 Neuanträge auf UVG-Leistungen vor. Weiterhin gebe es 250 Anträge von Personen, die noch vom Jobcenter betreut würden. Diese hätten von dort natürlich keine Ausfälle zu erwarten.



Es gehe um die Frage, welche finanziellen Auswirkungen die Neuregelungen des UVG für die Kommune zur Folge hätten. Man habe die Sorge, dass die negativen Konsequenzen für den städtischen Haushalt mit sich bringe, da jetzt Jugendliche von 12 bis 18 Jahren Anspruch auf UVG-Leistungen hätten. Das werde auch nicht durch finanzielle Verbesserungen bei Aufwand und Erstattung von UVG-Leistungen aufgefangen. Neben der übersandten Mitteilung des Städtetages vom 05.09.2017 gebe es noch einen Bericht der Landesregierung vom Ministerium für Kinder, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW vom 04.09.2017 mit dem Titel „Kommunen entlasten – Klarheit bei den Unterhaltsvorschussleistungen schaffen“, den sie dem Protokoll als weitere Information beifügen lasse (**siehe Anlage zu TOP 3**).

Herr Goldbach erläutert die geplante Änderung der Kosten am Anteil der UVG-Leistungen. Die Entlastung gegenüber der Planung werde durch die veränderte Landesfinanzierung von bisher 20 % der verbleibenden Kosten nach Abzug des Bundesanteils 50 % betragen. Das mache einen Betrag in Höhe von 1,4 Millionen Euro aus. Dem gegenüber stünden die Kosten für die mittlerweile 1000 Neuanträge. Man werde sich gegenüber dem vorherigen Status Quo nicht schlechter stehen, aber ein Großteil der Verbesserung werde durch die Mehrkosten der Neubezieher von UVG aufgezehrt. Das Thema der Heranziehungen werde auch immer wieder diskutiert. Die Quote werde derzeit nicht besser, so dass man für die bestehende Konsolidierungsmaßnahme eine Ersatzmaßnahme liefern müssen. Im Moment müsse man die Priorität auf die Bewilligung der Neuanträge legen, da dahinter in der Regel die alleinerziehenden Mütter stünden, die auf das Geld warten. Diejenigen, die SGB II-Leistungen bekämen, würden nachrangig bearbeitet. In den Fällen ändere sich nur der Kostenträger. Vorrangig würden diejenigen bearbeitet, die keine SGB II-Leistungen bezögen. Die personelle Situation sei so, dass man Verstärkung bekomme. Die Einarbeitung der neuen Mitarbeiter benötige natürlich einen gewissen Zeitraum. Man überlege derzeit auch andere Maßnahmen wie zum Beispiel Schichten am Samstag auf freiwilliger Basis, um der Situation Herr zu werden.

Frau Kaufmann ergänzt die Ausführungen von Herrn Goldbach dahingehend, dass die Landesregierung in dem angekündigten Schreiben betont habe, dass zum 31.03.2019 eine Evaluierung der Auswirkungen dieser neuen Finanzierungsregelung vorgenommen werde, so dass im Bedarfsfall auch eine Anpassung stattfinden könne. Darauf hoffe man natürlich für den Fall, dass die finanziellen Auswirkungen für Hagen negativ seien und das rückwirkend ausgeglichen würde. Die Regelung der Rückgriffsvollstreckung solle bis Juli 2019 zentralisiert und aus der kommunalen Verantwortung genommen werden. Damit folge man dem Beispiel anderer Bundesländer. Dann könne man die Stellen mit hoher juristischer Kapazität und Kompetenz ausstatten und den Rückgriff erfolgreich begleiten und umsetzen. Im Moment sei die vordringlichste Frage, wie lange die Menschen auf die Zahlungen warten müssten.

Herr Goldbach weist darauf hin, dass die ersten Anträge bereits beschieden seien.

Frau Köppen fragt, ob die Verwaltung mit dem erzielten Verhandlungsergebnis zufrieden sei. Wie sei es zu bewerten?



Frau Kaufmann antwortet, dass man mit dem Ergebnis im Großen und Ganzen zufrieden sei. Grundsätzlich wäre natürlich eine höhere Übernahme wünschenswert gewesen.

Herr Goldbach weist darauf hin, dass man in einer der letzten Sitzungen eine Übersicht zur Verfügung gestellt habe, aus der die Finanzregelungen in den einzelnen Bundesländern hervorgegangen seien. Diese gehe bis zu einer Erstattung von 100 %.

#### **4. Anliegen der Jugendräte**

Herr Wiegmann berichtet von den Anliegen der Jugendräte.

#### **5. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen**

Herr Hannusch berichtet vom aktuellen Stand der Kindertageseinrichtungen.

Seit der letzten Sitzung habe sich im Bereich der Neubauten nicht viel getan. Das gelte auch für die Anmeldezahlen von Kindern. Er gibt eine kleine Momentaufnahme von den Tagen der Offenen Tür in verschiedenen Einrichtungen. Genaue Zahlen lägen erst nach den Regionalkonferenzen vor. Er stellt Frau Geisenberger und Frau Osbahr vor, die beim nächsten Tagesordnungspunkt die Inhalte und Spezialisierungen in den einzelnen Einrichtungen vorstellen werden.

Herr Reinke fragt nach dem Stand der beschlossenen Großtagespflege.

Herr Hannusch berichtet, dass die Nutzungsänderungen der Wohnungen und die damit verbundenen Auflagen des Brandschutzes Zeit bräuchten, zumal die Bauaufsicht personell nicht gut aufgestellt sei und auch noch gerade umgezogen und aus dem Grund mehrere Wochen nicht arbeitsfähig gewesen sei. Das koste Zeit. Man stehe ansonsten in den Startlöchern und werde zu gegebener Zeit über die Umsetzung berichten. Man werde nach und nach alle zehn Standorte belegen können. Momentan seien sechs Standorte spruchreif.

Herr Reinke fragt, ob man das zeitlich einschätzen könne.

Herr Hannusch macht deutlich, dass er bei den Kollegen der Bauordnung versuche, eine Beschleunigung zu erreichen. Er könne das leider ansonsten nicht beeinflussen.



## 6. Inhaltliche Schwerpunkte der Hagener Kindertageseinrichtungen Bericht der Verwaltung

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Osbahr stellt die inhaltlichen Schwerpunkte der Einrichtungen vor (**siehe Anlage 1 zu TOP 6**).

Frau Scharlau fragt, ob es eine Liste aller Kita-Einrichtungen gebe, aus der hervorgehe, an welchen Programmen diese teilnehmen.

Frau Osbahr erklärt, dass es eine solche Liste noch nicht gebe. Sie könne aber nachgeliefert werden.

Frau Lebok fragt, was zum Thema Vermeidung von häuslicher Gewalt getan werde.

Frau Osbahr antwortet, dass man dazu speziell keine Rückmeldungen aus den Einrichtungen bekomme. Das sei allerdings im Rahmen von Elternarbeit immer ein Thema, wenn es aufkommen sollte.

Herr Dahme fragt, ob man einen Überblick darüber habe, wie viele Kitas überhaupt Programme durchführen würden. Er könne sich vorstellen, dass es einige Kitas gebe, die mehrere Programme durchführten und andere an gar keinen Programmen beteiligt seien.

Frau Osbahr berichtet, dass man für die Abfrage alle 104 Einrichtungen angeschrieben habe. Davon hätten 67 Kitas geantwortet. Um diese Frage zu beantworten, müsste eine nochmalige Auswertung der Antworten vorgenommen werden.

Frau Geisenberger stellt das Bundesprogramm „Sprach-Kitas: „Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ vor (**siehe Anlage 2 zu TOP 6**).

Herr Handel fragt, wie die Maßnahmen und Angebote in die Familien übermittelt würden.

Frau Geisenberger antwortet, dass die Eltern über alle Angebote unterrichtet würden. Das geschehe beispielsweise in Form von Elternabenden. Die Rückmeldung sei sehr positiv.

Auf die Frage von Herrn Handel, ob die Inanspruchnahme der Angebote sich auch auf die Eltern mit Migrationshintergrund beziehe, berichtet Frau Geisenberger, dass das gegeben sei und der trägerübergreifende Austausch der Einrichtungen hierbei sehr hilfreich sei.

Herr Reinke bedankt sich bei Frau Osbahr und Frau Geisenberger für die eindrucksvollen Vorträge.



## 7. Präsentation des Projektes "Kommunale Bildungslandschaften"

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Keller stellt das Projekt „Kommunale Bildungslandschaften“ vor (**siehe Anlage zu TOP 7**).

Herr Reinke bedankt sich bei Frau Keller und den beiden anderen Akteurinnen Frau Grell und Frau Scharlau für ihr Engagement. Es sei schön zu sehen, dass viele Dinge auch nach Abschluss des erfolgreichen Projektes weitergingen.

## 8. Betreuung der Kinder von Flüchtlingen und Zuwanderern in Hagen

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Haack berichtet über die Betreuung der Kinder von Flüchtlingen und Zuwanderern in Hagen (**siehe Anlage zu TOP 8**).

Herr Reinke möchte wissen, wie viel freie Plätze denn jetzt noch zur Verfügung stünden.

Frau Haack teilt mit, dass man sogar noch freie Plätze im Bereich der 3-6-jährigen Kinder habe. Eltern müssten dann vermutlich flexibler sein, was die Nähe zur Wohnung angehe.

Herr Reinke fragt, was mit den 259 Kindern sei, die nächstes Jahr drei Jahre alt würden. Gebe es für diese Kinder dann auch Plätze?

Frau Haack antwortet, dass Herr Hannusch ja regelmäßig von den Bauprojekten berichte und daher trotz aller Schwierigkeiten die Hoffnung bestehe, dass das gelinge.

Herr Goldbach merkt an, dass es in dem Zusammenhang zwei Sichtweisen gebe. Zunächst stelle sich die Frage, wie man es hinbekomme, den Rechtsanspruch zu erfüllen, ohne dass diese Stadt verklagt werde. Er hoffe, dass das auch im nächsten Jahr wieder gelinge. Bisher sei man auf einem guten Weg. Es sei in dem Zusammenhang besonders ärgerlich, dass die baulichen Projekte viel länger dauerten als sie ursprünglich prognostiziert waren. Diese Plätze würden real benötigt. Man werde auch im neuen Jahr nicht ohne „Notplätze“ auskommen. Er sei sehr dankbar, dass man bisher immer Regelungen mit den freien Trägern mit der Genehmigung des



Landesjugendamt habe treffen konnten. Man werde trotz aller baulichen Projekte und der Tagespflege am Ende nicht auskommen und weitere Kitas brauchen.

Das tatsächliche Interesse müsse ja sein, die Kinder möglichst frühzeitig in den Kitas unterzubringen. Man werde noch einmal deutlich in die Kapazitäten investieren müssen.

Herr Reinke weist darauf hin, dass ja der Familiennachzug noch anstehe.

Herr Goldbach macht deutlich, dass man insofern ein Riesenproblem in Bezug auf die EU-Zuwanderung habe, dass man einen enormen Austausch habe. 500 Menschen pro Quartal verließen Hagen und die gleiche Zahl käme nach Hagen. In den letzten drei Quartalen halte man sich in Bezug auf die Zahl beständig auf einem hohen Niveau. Man habe nicht mehr die Zuwachsraten wie in der Vergangenheit. Die hohe Fluktuation von EU-Zuwanderern erkläre auch zum Teil, warum die Inanspruchnahme von Kita-Plätzen nicht so hoch sei. Bei den Flüchtlingen werde der Familiennachzug noch einmal zu einer Bedarfssteigerung bei den Kita-Plätzen führen.

Frau Kaufmann ergänzt, dass Hagen auf Platz 2 stehe, was die Zuzugsbeliebtheit bei EU-Zuwanderern angehe. Das habe verschiedene Gründe, die wesentlich mit der Bewilligung der Unterstützungsleistungen durch das Jobcenter zu tun habe. Weiterhin sei man eine attraktive Stadt, was die Wohnungen angehe. Das gelte für die Bevölkerungsgruppe, die wenig Mittel für Miete aufbringen könne. Man müsse davon ausgehen, dass der Zuzug anhalte und müsse sich daher aktiv dem Thema zuwenden, wenn man verhindern wolle, dass es weiterhin in den Schulen so weitergehe wie bisher. Die einzige Hoffnung bestehe bei einer Betrachtung der Stadt Hagen in zehn Jahren bei den Kindern, die hier geboren und aufgewachsen seien. Ziel müsse sein, die vorschulische Bildung so zu etablieren, dass jedes Kind mindestens ein oder zwei Jahre eine vorschulische Einrichtung besucht habe.

Herr Reinke dankt für den deutlichen Hinweis.

## 9. Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern in Hagen

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke merkt an, dass man in der letzten Sitzung einen Auftakt zu dem Thema „Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern in Hagen“ gemacht habe. Herr Goldbach habe in dem Zusammenhang zugesichert, einige Zahlen nachzuliefern.



Frau Dahl berichtet, dass in dem Zeitraum Januar bis Ende September diesen Jahres insgesamt 23 Anträge von jungen Volljährigen gestellt worden seien. Davon seien 4 Anträge abgelehnt worden, weil kein erzieherischer Bedarf erkennbar gewesen sei. Es ergebe sich dadurch eine positive Entscheidung in 82 % der Fälle.

Frau Köppen erinnert daran, dass man Ende 2015 sehr kooperativ gemeinsam gestartet sei und Angebote geschaffen habe. Nun seien zwei Jahre vergangen und die meisten dieser Jugendlichen seien volljährig geworden. Sie habe den Eindruck, dass es derzeit schwierig sei, die Hilfen weiter zu bewilligen. Wenn es gelinge, den Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu vermitteln, scheiterten sie in der Regel an den schulischen Anforderungen. Das liege daran, dass die bisherige Struktur wegbräche. Diese Jugendlichen hätten einen Bedarf. Da würde sie den Ausführungen von Herrn Strate in der letzten Sitzung deutlich widersprechen. Sie bitte, die Zahlen umfangreicher darzustellen und liest den Fragenkatalog vor **(siehe Anlage zu TOP 9)**.

Frau Köppen macht deutlich, dass es für die Ausschussmitglieder wichtig sei zu wissen, was eine erfolgreiche Hilfe zur Erziehung im Anschluss an die Volljährigkeit sei. Wie könne es gelingen, den Weg, der in den stationären Einrichtungen begonnen worden sei, erfolgreich weiterzuführen? Das sei doch eine interessante Betrachtung im Sinne der Evaluation.

Herr Goldbach zeigt sich etwas verwundert, da man in der letzten Sitzung sehr ausführlich über dieses Thema berichtet habe. Man könne aber in der nächsten Sitzung weitere Zahlen liefern.

In Bezug auf die Erstattung der Kosten durch das Land teilt Herr Goldbach mit, dass die Abrechnungszeiträume mit dem Landesjugendamt recht lange seien. Eine 100 %-Erstattung erfolge nicht. Das betreffe sowohl die Hilfen für junge Volljährige als auch die Hilfen für die Minderjährigen, weil die Prüfungen sehr formal seien. Man werde auch in einigen Fällen in den Widerspruch gehen. Die Verfahren seien daher noch nicht abgeschlossen.

Herr Reinke schlägt vor, sich auch in der nächsten Sitzung noch einmal mit dem Thema zu beschäftigen.

Frau Köppen macht noch einmal deutlich, wie wichtig die Hilfen für die jungen Volljährigen seien.

Herr Reinke betont, dass es dem Ausschuss von Anfang an ein Anliegen gewesen sei, dass die jungen Menschen bei Erreichen der Volljährigkeit nicht in ein Loch fielen, sondern weiterhin unterstützt würden.

Frau Kaufmann weist darauf hin, dass das bei Betrachtung aus volkswirtschaftlicher Sicht auch nur dann Sinn mache. Insoweit unterstütze sie die Ausführungen von Frau Köppen.

Frau Dahl teilt die Auffassung, dass es letztendlich um die Integration der jungen Menschen gehe. Man müsse allerdings bei den Hilfen für junge Volljährige genau



schauen, auf welcher Grundlage man diese gewähre. Man habe einen Leitfaden entwickelt, der an die Träger herausgegeben werden solle, welche Bedingungen in den Berichten stünden müssten, damit die Verwaltung überhaupt über eine Gewährung entscheiden könne. Man habe nach Vorstellung dieses Leitfadens aus der bestehenden Arbeitsgemeinschaft noch einmal Aufträge mitgenommen. Man befinde sich in dem Bereich in der Entwicklung.

Herr Goldbach ergänzt, dass Voraussetzung sei, dass man diese Hilfen über die Jugendhilfe refinanziert bekomme. Das sei im Haushaltsplan so vorgesehen. Zu 100 % werde man das voraussichtlich nicht erreichen. Dieser Anteil müsse allerdings möglichst klein bleiben. Wenn das nicht gelinge, führe man eine andere Diskussion und befinde sich dann nicht mehr im Bereich der Jugendhilfe. Hagen sei eine der wenigen Städte, in der es einen Übergang zu der Flüchtlingshilfe gebe. Da sei natürlich eine solche Intensität der Hilfe nicht gegeben. Man sei in dem Bereich gut aufgestellt.

Frau Köppen bestätigt, dass man hervorragend aufgestellt sei und das auch so bleiben solle.

## 10. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

Frau Cramer stellt eine Anfrage an die Verwaltung im Namen ihrer Fraktion.

Die Fachhochschule Dortmund biete einen dualen Bachelor-Studiengang „Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Migration, Armut und Flüchtlingspolitik“ an. Ihrer Fraktion sei bekannt, dass sich mittlerweile 7 Kommunen aus dem Umkreis daran beteiligten. Es gebe einen sogenannten Fördertopf. Da der Stadt Hagen qualifizierte Mitarbeiter fehlten, wolle sie wissen, ob der Verwaltung bekannt sei, dass man sich dafür bewerben könne.

Herr Reinke fragt, ob die Stadt Hagen schon daran teilnehme und diese Fördermöglichkeit nutze.

Frau Kaufmann berichtet, dass ein Gespräch mit einem Vertreter der Fachhochschule Dortmund geplant sei. Ein entsprechender Antrag sei ihres Wissens noch nicht gestellt worden.

Frau Cramer ergänzt, dass sie gehört habe, dass es Gespräche mit der Fachhochschule Hamm gegeben habe. Es gebe gewisse Regeln, was die Entfernung angehe.

Herr Goldbach berichtet in dem Zusammenhang, dass das Landesjugendamt am 22. November Kooperationspartner zu dem Thema „Duales Studium – Sozialarbeit“ einlade. Dort werde das Modell „Fachhochschule Hamm“ vorgestellt werden. Neben Frau Dahl würden die für den Fachbereich zuständige Personalwirtin und die Aus-



bildungsleiterin der Stadt Hagen an der Tagung teilnehmen.  
Auch beim Fachbereich Personal gebe es ein großes Interesse an dieser Ausbildung. Nach diesem Termin werde man sich zusammensetzen und das weitere Vorgehen abstimmen. Man könne sich ja dann auch noch die Fachhochschule Dortmund anschauen. Die Möglichkeit einer Förderung werde dann geprüft.

Frau Kaufmann merkt an, dass sie in der nächsten Woche einen Termin mit Herrn Bosse von der Fachhochschule Dortmund habe.

Ende des öffentlichen Teiles: 18.00 Uhr

gez. Detlef Reinke  
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe  
Schriftführerin



Stadt Hagen – Jugendhilfeausschuss –

## **ANWESENHEITSLISTE**

Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.10.2017

Ort: Rathaus an der Volme, Raum A 201

**Beginn: 16.00 Uhr Ende: 18:00 Uhr**

### **1. Mitglieder des Rates:**

Sven Söhnchen (SPD)  
Marianne Cramer (CDU)  
Detlef Reinke (CDU)  
Ralf Sondermeyer (Linke)

### **2. Stellv. Mitglieder des Rates:**

Engelhardt (SPD)

### **3. Stimmberechtigte Mitglieder in der Jugendhilfe erfahrene oder tätige Männer und Frauen**

Karin Köppen  
Manfred Handel

### **4. Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder in der Jugendhilfe erfahrene oder tätige Männer und Frauen**

Ulrich Hässner

### **5. Stimmberechtigte Mitglieder Männer und Frauen auf Vorschlag der anerkannten Träger der Freien Jugend- hilfe (von Jugendverbänden und Wohlfahrtsverbänden)**

Thomas Koslowski  
Elena Grell  
Hannah Scharlau



**6. Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder  
Männer und Frauen auf Vorschlag der anerkannte Träger der Freien Jugendhilfe  
(von Jugendverbänden und Wohlfahrtsverbänden)**

Anja-Kristin Lehmann

**7. Beratende Mitglieder:**

Margarita Kaufmann  
Reinhard Goldbach  
Peter Passehl  
Michael Dahme  
Michael Lingenberg  
Angelika Hamann  
Liane Baumann  
Aydogan Gül  
Klaus-Dieter Kreuser  
Birgit Utsch-Asbach

**8. Stellv. beratende Mitglieder:**

Johannes Schurgacz  
David Wiegmann

**9. Gäste:**

Frau Julia Lebok Gesamtstädtischer Jugendrat

**10. Von der Verwaltung:**

Frau Haack 55/0  
Frau Keller 55/3  
Herr Hannusch 55/4  
Frau Osbahr 55/4  
Frau Geisenberger 55/4  
Frau Dahl 55/6

Schriftführerin: Sabine Hogrebe